

Abschrift

Ministerrat der DDR  
Ministerium des Innern  
Klosterstraße 47  
Berlin  
1020

Betr.: Nichtzulassung der Vereinigung NEUES FORUM

Sehr geehrter Herr Minister!

Mit Erschrecken und Unverständnis haben wir die Mitteilung des Ministeriums des Innern über die Nichtzulassung der Vereinigung NEUES FORUM aufgenommen. Unsere Hoffnungen und die von Tausenden DDR - Bürgern auf die baldige Entstehung einer legalen politischen Plattform, wo auf breiter Ebene über die bei der gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Land auftretenden Probleme gesprochen werden kann, sind damit vorerst zunichte gemacht und das in einer Situation, in der dringend Hoffnungszeichen nötig sind, damit nicht noch mehr Menschen resignieren. So ein Hoffnungszeichen hätte die Gründung der Vereinigung NEUES FORUM sein können. Unverständlich ist uns die Behauptung, daß die formulierten Ziele staatsfeindlich und verfassungswidrig seien. Wir haben den Gründungsaufruf gelesen und können nichts Staatsfeindliches oder Verfassungswidriges darin entdecken. Im Gegenteil, wir stellen fest, daß mit der Ablehnung Ihrerseits ein verfassungsmäßig garantiertes Grundrecht verweigert wird. In dem Aufruf ist keine Rede davon, den Sozialismus in der DDR abzuschaffen, sondern er soll demokratischer und effektiver und damit attraktiver gestaltet werden. Wir können nicht verstehen, warum die ehrliche Bereitschaft so vieler DDR-Bürger, aktiv mitzuwirken an der Bewältigung unserer innergesellschaftlichen Probleme nicht nur in brücker Weise zurückgewiesen, sondern sogar kriminalisiert wird. Ist denn nicht bedacht worden, daß hier ein starkes Potential an Menschen da ist, die sich mit ihren Fähigkeiten und Kenntnissen einbringen wollen? Eine solche Entscheidung wirkt destabilisierend und treibt noch mehr Bürger aus dem Lande. Wir bitten Sie deshalb eindringlich darum, uns alle, die wir Veränderungen in unserer Republik für unbedingt erforderlich halten, nicht länger als Feinde anzusehen. Wir fordern Sie auf, die Ablehnung des NEUES FORUMS rückgängig zu machen und ein Anmeldeverfahren gemäß geltendem Recht zuzulassen.

Hochachtungsvoll

Dresden, September 1989

gez. Barbara Blümel  
gez. Johannes Pohl  
gez. Angela Schüler  
gez. Falk Schiller  
gez. Franco Gläser  
gez. Andreas Kittelmann  
gez. Matthias Hübner  
gez. Michael Frenzel  
gez. Andreas Schwerdtner  
gez. Klaus Kuhn